

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 3. Dezember 1986
am Donnerstag, dem 4. Dezember 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Abelein (CDU/CSU)	6, 84	Oostergetelo (SPD)	35, 36
Antretter (SPD)	46, 47	Peter (Kassel) (SPD)	7
Becker (Nienberge) (SPD)	56, 57	Pfuhl (SPD)	16
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	60, 61	Reuschenbach (SPD)	32, 33
Boroffka (CDU/CSU)	75	Rusche (DIE GRÜNEN)	51, 81
Braun (CDU/CSU)	3, 4	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	43, 49
Brück (SPD)	79, 80	von Schmude (CDU/CSU)	9, 10
Collet (SPD)	20, 21	Schreiner (SPD)	30, 31
Eigen (CDU/CSU)	39, 40	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	13
Engelsberger (CDU/CSU)	76	Frau Simonis (SPD)	34, 68
Fiebig (SPD)	50	Dr. Soell (SPD)	1, 2
Fischer (Homburg) (SPD)	77, 78	Stahl (Kempen) (SPD)	28, 29
Gansel (SPD)	66, 67	Frau Steinhauer (SPD)	14, 15
Heistermann (SPD)	69, 70	Stiegler (SPD)	18, 71
Hinsken (CDU/CSU)	62, 63	Ströbele (DIE GRÜNEN)	11, 12
Dr. Hupka (CDU/CSU)	82, 83	Tietjen (SPD)	41, 42
Immer (Altenkirchen) (SPD)	54, 74	Tischer (DIE GRÜNEN)	22, 23
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	37, 38	Voigt (Frankfurt) (SPD)	5, 8
Dr. Jobst (CDU/CSU)	58, 59	Weinhofer (SPD)	52, 53
Dr. Kübler (SPD)	19	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	48, 55
Frau Dr. Lepsius (SPD)	44, 45	Frau Weyel (SPD)	72, 73
Menzel (SPD)	26, 27	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	24, 25
Niegel (CDU/CSU)	17	Zierer (CDU/CSU)	64, 65

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	14

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Wen hat der Bundeskanzler mit seiner in der „Monitor“-Sendung vom 21. Oktober 1986 wiedergegebenen Äußerung „Heidelberger Pöbel“ anlässlich des Festaktes zur Sechshundertjahrfeier der Universität Heidelberg am 18. Oktober 1986 gemeint?

2. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Welche Gründe haben den Bundeskanzler dazu veranlaßt, sich auf diese Weise zu äußern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

3. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die gegenwärtige Regelung und Praxis bezüglich Anordnung und Übernahme von Pflgschaften, insbesondere für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, für befriedigend, und welche Änderungen sind gegebenenfalls beabsichtigt?

4. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Trifft es zu – wie in einer „Plusminus“-Sendung dargestellt – daß insbesondere Anwälte bis zu 1 000 Pflgschaften haben, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine Verbesserung im Interesse der Betroffenen herbeizuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

5. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) Hat die Bundesregierung mit der DDR auf der Grundlage des Schlußdokuments der KVAE, das gegenseitige Hilfeleistung bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus vorsieht, Gespräche geführt, um sicherzustellen, daß künftig von syrischen Stellen in Ostberlin keine terroristischen Aktivitäten auf Westberliner Boden mehr vorbereitet oder durchgeführt werden?

6. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung nach dem jüngsten Mord an der Berliner Mauer einen Besuch des Regierenden Bürgermeisters Diepgen in Ostberlin für zweckmäßig?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

7. Abgeordneter
**Peter
(Kassel)
(SPD)**
- Bei wie vielen Verwaltungsgerichtsverfahren sind zu Fragen der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente die einzelnen Landesversicherungsanstalten (nach Ländern aufgeschlüsselt) bzw. die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte seit 1982 in die nächste Instanz gegangen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

8. Abgeordneter
**Voigt
(Frankfurt)
(SPD)**
- Welche Zusagen sind beim Besuch von Staatssekretär Lengl vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, als er in Begleitung des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß im März dieses Jahres in Damaskus war, gemacht worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter
**von Schmude
(CDU/CSU)**
- Wie hat sich die Zahl der Asylanträge bis zum 1. Oktober 1986 bzw. seit dem 1. Oktober 1986 – differenziert nach Herkunft der Asylbewerber – entwickelt?
10. Abgeordneter
**von Schmude
(CDU/CSU)**
- Wie hoch ist der Anteil der Asylbewerber, die vor bzw. nach dem 1. Oktober 1986 über Ostberlin in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind?
11. Abgeordneter
**Ströbele
(DIE GRÜNEN)**
- Gibt es Pläne oder Überlegungen der Bundesregierung oder sind der Bundesregierung solche Überlegungen anderer deutscher oder NATO-Stellen bekannt, wonach die Bundesregierung oder Teile der Bundesregierung im Verteidigungsfall aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgeflogen werden sollen, etwa in die USA und dort nach Orlando?
12. Abgeordneter
**Ströbele
(DIE GRÜNEN)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung entsprechende Presseveröffentlichungen Ende September 1986 (z. B. Frankfurter Rundschau vom 26. September 1986)?
13. Abgeordneter
**Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)**
- Welche Zuständigkeiten hat die Bundesregierung zum Erlaß von Vorschriften, die Hersteller und Versicherer von Kraftfahrzeugen und Autoradios zu einer besseren Sicherung von Autoradios in Kraftfahrzeugen verpflichten, um der einschlägigen, immer stärker um sich greifenden Kriminalität zu begegnen, und gedenkt die Bundesregierung, von diesen Zuständigkeiten Gebrauch zu machen?

14. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Stimmt die Bundesregierung der in der Haushaltsdebatte am 27. November 1986 geäußerten Meinung zu, der Versorgungsstaat lähme die menschliche Eigeninitiative in bezug auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihrer Versorgung?
15. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Ist davon auszugehen, daß die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wegen ihrer Versorgung in ihrer Eigeninitiative gelähmt sind, und wie wäre dies mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst in Übereinstimmung zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

16. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Privatisierung von Bundesvermögen den Verkauf des Aktienanteils von 45 v. H. des Bundes an der Treuarbeit AG in Erwägung zu ziehen?
17. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Wie ist der Standpunkt der Bundesregierung bei den Absichten der Kommission der EG, das Sozialprodukt als Bemessungsgrundlage für die EG-Beiträge der Mitgliedstaaten zu nehmen?
18. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie hoch sind die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in der Oberpfalz im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, und wie wirkt sich die bereits beschlossene Einkommens- und Lohnsteueränderung in der Oberpfalz verglichen mit dem Bundesdurchschnitt aus?
19. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, sich klar gegen die überraschend mitten in den Verhandlungen um den Abschluß der Gestattungsverträge bekanntgewordenen Pläne der US-Streitkräfte zur Zusammenlegung der Schießstände im Viernheimer/Lampertheimer Wald auszusprechen, die, entgegen den in der Anlage zu den Gestattungsverträgen vorgesehenen Flächen, ein Gebiet von 69 Hektar einzuzäunen und ein Gebiet von 16,9 Hektar zu roden vorsehen?
20. Abgeordneter
Collet
(SPD) Woher nehmen nacheinander Bundesminister Genscher – 1. Oktober 1986 –, Staatsminister Vogel – 5. November 1986 – und Bundesminister Dr. Bangemann – 8. November 1986 – die Zuversicht, wenn sie zu den angegebenen Daten in Pressemeldungen erklären bzw. erklären lassen, daß sich die Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften in Rheinland-Pfalz, aber auch in anderen Bundesländern, um ihre Arbeitsplätze keine Sorgen machen müssen, wenn sie als Mitglieder der Bundesregierung an anderer Stelle selbst einräumen, daß die Amerikaner derzeit durch eine Studie überprüfen lassen, welche Dienstleistungen an private Kontraktfirmen vergeben werden sollen?

21. Abgeordneter
Collet
(SPD)
- Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, für diese deutschen Arbeitnehmer eine Fürsorgepflicht hinsichtlich ihrer Arbeitsplätze zu übernehmen, obwohl diese in den meisten Fällen schon seit vielen Jahren im gleichen Verteidigungsbündnis – also im deutschen öffentlichen Interesse – tätig sind wie die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

22. Abgeordneter
Tischer
(DIE GRÜNEN)
- Welche Initiativen und Gespräche hat die Bundesregierung in der EG-Kommission bisher ergriffen, um klarzustellen, daß die finanziellen Zusagen des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg an die Stadt Rastatt ausschließlich zur Erschließung von Gewerbeflächen der von Arbeitslosigkeit geplagten Region Rastatt gelten und nicht in Zusammenhang mit versteckten oder offenen Subventionen zu bringen ist?
23. Abgeordneter
Tischer
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, daß auch in absehbarer Zukunft Arbeitslosigkeit in sogenannten Arbeitslosenhochburgen nur dann verringert werden kann, wenn Land und Bund in verschiedensten Möglichkeiten, unter anderem auch bei der Bereitstellung und Erschließung gebrauchsfähiger Gewerbeflächen, diese finanziell geschwächten Regionen unterstützen sollten?
24. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die kurz- bzw. mittelfristige Preisentwicklung auf dem Weltkohlemarkt ein, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den deutschen Steinkohlenbergbau?
25. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fraktion der SPD, daß auf Grund der erheblichen Risiken auf den Weltenergiemärkten die nationale Energieversorgung nur dann zu sichern ist, wenn die bisherige Kohlevorrangpolitik mit allen Instrumenten konsequent fortgeführt wird?
26. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Verdrängung der Braunkohle aus der Stromerzeugung angesichts der Tatsache für vertretbar, daß Strom aus Braunkohle eindeutig billiger ist, als Strom aus – zumal neuen – Kernkraftwerken?
27. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Mit welchen Auswirkungen für Ausbildungs- und Arbeitsplätze im Bergbau, in der Bergbauzulieferindustrie und bei den Bergbauspezialgesellschaften rechnet die Bundesregierung, wenn sie – wie angekündigt – die Kohlen- und Koks- exporte in die EG-Mitgliedstaaten ab 1991 nicht mehr unterstützt?

28. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß die kritische Situation im Finanzierungssystem des Verstromungsfonds – auf die im Energiebericht unter Tz. 60 hingewiesen wird – gar nicht aufgetreten wäre, wenn die Bundesregierung im Mai d. J. bei der Neufestlegung des sogenannten Kohlepfennigs den damals schon absehbaren höheren Finanzbedarf hinreichend berücksichtigt hätte?
29. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Fehlbetrag der Ausgleichsabgabe für 1986 und 1987, der aus der zu geringen Anhebung im Mai d. J. entstanden ist, und welches Niveau ergibt sich aus einer korrekten Berechnung?
30. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Ab wann und zu welchen Preisen ist mit dem Bezug von Strom durch die Badenwerk AG aus dem französischen Atomkraftwerkskomplex Cattenom zu rechnen?
31. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Über welche Trassenführung ist dem Bezug von Strom durch die Badenwerk AG aus dem französischen Atomkraftwerkskomplex Cattenom zu rechnen, und in welcher Höhe wird der Atomkraftwerkskomplex Cattenom vom französischen Staat subventioniert?
32. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die nach den Haushaltsgrundsätzen gebotene Korrektur des Kohlepfennigs unverzüglich, d. h. noch in der laufenden Legislaturperiode, vornehmen, oder will sie die Wähler über das notwendige Ausmaß der Anhebung bis nach den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 im unklaren lassen?
33. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung es unterlassen darauf hinzuweisen, daß die Vereinbarung mit der Ruhrkohle AG und den Saarbergwerken AG in Tz. 62 des Energieberichts unter dem Vorbehalt steht, „die Exporte abzubauen und ab 1991 keine entsprechenden Anträge mehr auf Koks-kohlenbeihilfen zu stellen“ soweit dies sozialverträglich und beschäftigungspolitisch möglich ist, und bedeutet das, daß sie sich an diesen Teil der Vereinbarung nicht mehr gebunden fühlt?
34. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD)
- Hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr Genehmigungen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz bzw. Außenwirtschaftsgesetz für Kriegswaffen bzw. Rüstungsgüter in bezug auf den Iran und Irak erteilt oder bestehende Genehmigungen verlängert?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

35. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Wie weit sind zwischenzeitlich die Pläne der Bundesregierung in bezug auf ihre inhaltliche Ausgestaltung und unter dem Gesichtspunkt ihrer EG-weiten Durchsetzung gediehen, durch eine weitere Kürzung der 1984 festgelegten Milchquoten gegen Entschädigung die Überschüsse im Milchbereich zu reduzieren, und welche Erfolgsaussichten mißt die Bundesregierung diesem Plan zu?
36. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Kann die Bundesregierung gemäß ihr vorliegender Informationen bestätigen, daß es seit Einführung der Quotenregelung im Milchbereich zu einem starken Anstieg der völligen Produktionsaufgabe bei milcherzeugenden Betrieben gekommen ist, und ist die Bundesregierung bejahendenfalls bereit, angesichts dieser mittelbaren Folge von Quotierungsmaßnahmen zum Schutz der Klein- und Mittelbetriebe in der Milchproduktion Betriebe bis zu einer Anlieferung von 100 000 Kilogramm von der erneuten Kürzung auszunehmen?
37. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Welchen Umfang hatten die Einfuhren agrarischer Produkte aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1985, aufgegliedert nach den verschiedenen Arten von Erzeugnissen, und wie entwickelten sich demgegenüber die entsprechenden Importe in den abgelaufenen Monaten des Jahres 1986?
38. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Welchen Anteil an den Agrarimporten aus den RGW-Mitgliedstaaten in die Bundesrepublik Deutschland hatten im Jahr 1985 und in den abgelaufenen Monaten des Jahres 1986 die Einfuhren aus Polen bei den verschiedenen Arten landwirtschaftlicher Erzeugnisse?
39. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Kann die Kommission der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der vorjährigen Beschlüsse ohne neuen Beschluß des Ministerrates die Mitverantwortungsabgabe für Getreide wie hoch erhöhen, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen unternehmen?
40. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wie soll nach den Beschlüssen des Finanzministerrates vom 27. November 1986 in Brüssel der Abbau der Agrarüberschußläger im Wert von ca. 20 Milliarden DM durchgeführt werden?

41. Abgeordneter
Tietjen
(SPD) In welcher Weise hat die Bundesregierung Einfluß auf die Miesmuschelernte an der Nordseeküste genommen, und welches Ergebnis hatte diese Einflußnahme?
42. Abgeordneter
Tietjen
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Muschelfischerei der Nordseeküste zu erhalten, und ist sie bereit, dafür auch finanzielle Mittel des Bundes einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

43. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob der Erlaß des Bundesministeriums der Verteidigung zur Behandlung von Wehrpflichtigen, die dem Wehrdienst fernbleiben (P II 7 – Az. 24-09-10 vom 12. Dezember 1983), zwischenzeitlich geändert bzw. außer Kraft gesetzt wurde, da er im Gegensatz zu einem Schreiben des Bundeswehrverwaltungsamtes vom 29. Oktober 1986 (WE 2 Az. 24-111-01/24-11-03/24-01-17) an die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e. V. steht, und ist beabsichtigt, verweigernde, nicht anerkannte Kriegsdienstverweigerer zukünftig entsprechend der gesetzlichen Regelung nach § 29 Abs. 1 Nummer 6 oder Abs. 4 Nummer 2 Wehrpflichtgesetz zu entlassen und somit die grundgesetzwidrigen Mehrfachbestrafungen von juristisch nicht als solchen anerkannten Kriegsdienstverweigerern zu verhindern?
44. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD) Sind für die projizierte Erweiterung des Flugplatzes Söllingen alternative Standorte, wie z. B. westlich dieses Flugplatzes der Golfplatz oder südlich das Panzerübungsgelände, überprüft worden, um wertvolles Gelände zu schonen, und mit welchem Ergebnis?
45. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD) Treffen Meldungen zu (Kanada-Kurier Nr. 30 vom 24. Juli 1986), wonach auf dem Flugplatz Söllingen eine Versuchsanlage für die C-Abwehr für 7,1 Millionen DM gebaut werden soll, und handelt es sich hierbei um eine Dekontaminationsanlage für Flugzeuge?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

46. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Welche Modellstellen werden 1987 in eine Anschlußfinanzierung durch den Bund für das 1984 durch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit installierte und am 31. Dezember 1986 auslaufende Bundesmodell „Aufsuchende Sozialarbeit für betäubungsmittelabhängige Straftäter (ASS)“ (Geschäftszeichen 343-4919-38/0-11) übernommen?

47. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, die verschiedenen Bundesländer dazu zu bewegen, die erfolgreiche Arbeit, die im Rahmen dieses Bundesmodells entwickelt und geleistet wurde, weiterzuführen?
48. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, daß auf Wunsch interessierter Länder innerhalb der EG zur Verbesserung von Wein Traubenkonzentrat vorgeschrieben und eine Je-Hektar-Mengenbeschränkung eingeführt werden soll?
49. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Aus welchem Grunde hat die Bundesregierung für das Jahr 1987 nur sechs zusätzliche Stellen beim Bundesamt für den Zivildienst bewilligt, obwohl der Bundesrechnungshof für das Bundesamt für den Zivildienst einen Mehrbedarf von 78 Stellen ermittelt hat, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Arbeitssituation der ca. 700 Mitarbeiter des Bundesamtes für den Zivildienst zu verbessern?
50. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundesgesundheitsamt beabsichtigt, den Leiter des zur Zentralabteilung gehörenden Referats J (Justizariat) (A 15) zum Leitenden Regierungsdirektor (A 16) zu befördern, und wird damit eine der 57 vom Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages bewilligten naturwissenschaftlichen Planstellen zweckentfremdet?
51. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß an ausländischen Bürgern – vor allem zentralafrikanischen Bürgern – bei Regeluntersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland ohne deren Wissen ein Test auf Antikörper des HIV vorgenommen wird?
52. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den Untersuchungsergebnissen des Kölner Instituts für angewandte Umweltforschung „Katalyse“, daß der Dioxan-Anteil in Haarwaschmitteln und Duschgels im Gegensatz zu den geforderten Grenzwerten der sogenannten MAK-Liste des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 26. August 1986 steht?
53. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD)
- Welche wissenschaftlichen Untersuchungsergebnisse hat das Bundesgesundheitsamt dazu bisher veröffentlicht, und welche kausalen Zusammenhänge ergeben sich möglicherweise aus stattgefundenen Tierversuchen, die auf den Menschen übertragbar sind?

54. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung an Untersuchungen von Schlachtgeflügel beim Erzeuger fest, obwohl es seit der Einführung dieser Kontrollen ab 1978 zu keinen Beanstandungen Anlaß gegeben hat, in den Schlachtereien umfangreiche Kontrollen durchgeführt werden und die Erstkontrollen in den übrigen EG-Staaten nicht erfolgen, wodurch ein erhebliches Maß an Wettbewerbsverzerrungen verursacht wird zu Lasten der Erzeuger in der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

55. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Denkt die Bundesregierung darüber nach, an Autobahnausfahrten künftig Parkplätze derart anzulegen, daß an Fahrgemeinschaften beteiligte Bürger ihre Kraftfahrzeuge dort sinnvoll und ohne Störung für den Straßenverkehr abstellen können?
56. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Befürwortet die Bundesregierung im Rahmen des Ausbaus des Öffentlichen Personennahverkehrs die Einrichtung weiterer Haltepunkte auf den Schienenstrecken der Deutschen Bundesbahn?
57. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß die Deutsche Bundesbahn, insbesondere in den ländlichen und Vorstadtbereichen von Westfalen und Lippe den Wünschen von Industrie und Pendlern – wie z. B. im Falle Münster-Nevinghoff – entgegenkommt und möglichst bald zusätzliche Haltepunkte einrichtet?
58. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Treffen die von Gewerkschaften und Personalräten aufgestellten Behauptungen zu, daß die Deutsche Bundesbahn Schwierigkeiten habe, einen Nachwuchs an qualifizierten Lokführern zu bekommen, und welche sind das?
59. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um der Deutschen Bundesbahn zu ermöglichen, daß sie ihren Bedarf an qualifizierten Lokführern decken und der hohe Überstundenbestand bei dieser Berufssparte abgebaut werden kann?
60. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, daß sie bei Besuchern aus der DDR, die die Intercity-Züge der Deutschen Bundesbahn benutzen, auf die Zahlung des Intercity-Zuschlages verzichtet, falls sie über keine DM oder nur über die 15 DM Zehrgeld verfügen, die die DDR für eine Reise in die Bundesrepublik Deutschland jeweils gewährt?

61. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Falls eine solche Regelung bereits besteht, frage ich, ob die Bundesregierung bereit ist, der Deutschen Bundesbahn zu empfehlen, auf ihr Zugbegleiter-, Aufsichts- und Auskunftspersonal nachdrücklich einzuwirken, damit diese Regelung auch tatsächlich praktiziert wird?
62. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die fiskalische Belastung der deutschen Transportunternehmen in Österreich mit der neuerlich beabsichtigten Erhöhung der ohnehin überhöhten Mautgebühren für die Autobahnbenutzung unerträglich wird?
63. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Was wird die Bundesregierung gegen die drohende Mauterhöhung und die sonstig angekündigten gravierenden Erschwernisse in Österreich unternehmen; ist sie insbesondere bereit, gegen Österreich in gleicher Weise wie 1985 gegen die Schweiz vorzugehen, um die Interessen der deutschen Transportunternehmer und ihrer Fahrer zu wahren?
64. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Zuge eines mehrtägigen Streiks des italienischen Transportgewerbes u. a. deutsche Lastkraftwagenfahrer brutal zusammengeschlagen sowie auch deutsche Lastzüge schwer beschädigt wurden?
65. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, und was gedenkt sie in Zukunft – z. B. auch im Hinblick auf den angestrebten freien europäischen Binnenmarkt auch im Verkehr – zu tun, um derartige Gewalttätigkeiten auszuschließen?
66. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Sind Berichte der Zeitung „Express“ vom 27. November 1986 zutreffend, daß amerikanische Regierungsstellen die Lufthansa für die Beförderung von Kriegswaffen im Rahmen des geheimen Waffengeschäfts mit dem Iran einspannen wollten?
67. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist der dafür erforderliche Antrag nach § 4 Kriegswaffenkontrollgesetz bei der Bundesregierung gestellt worden, und wie hat die Bundesregierung entschieden?
68. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Hat die Bundesregierung von dem Ansinnen amerikanischer Regierungsstellen an die Lufthansa, nicht deklarierte Kriegswaffen im Rahmen eines geheimen Waffengeschäftes mit dem Iran zu befördern, Kenntnis gehabt, und wenn ja, welche Stellen waren davon unterrichtet bzw. damit befaßt?

69. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Welchen Anforderungen müssen die in der Bundesrepublik Deutschland hergestellten Personenkraftwagen bei Crash-Versuchen gerecht werden?
70. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, das Crash-Verhalten der in- und ausländischen Personenkraftwagen als ein besonderes Kriterium für die Zulassung zum Straßenverkehr einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

71. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Prozeßbevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland vor der 9. Zivilkammer beim Landgericht München I, sie habe angesichts der Katastrophe von Tschernobyl keine Pflicht gehabt, über die radioaktive Belastung zu informieren, und wer hat dem Prozeßbevollmächtigten die Instruktion zu einer solchen Einlassung erteilt?
72. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Hält die Bundesregierung es für erforderlich, die bisher im Rahmen der bestehenden Gesetze erteilten Einleitungsgenehmigungen in Gewässer grundlegend zu überprüfen und zu korrigieren?
73. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Information der Rheinanlieger, insbesondere über Gefährdungen des Grundwassers und der Trinkwasserversorgung bei Unfällen, zu verbessern und zeitgerechter zu gestalten im Hinblick auf erforderliche Schutzmaßnahmen?
74. Abgeordneter
Immer (Altenkirchen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellungen zahlreicher amtlicher Untersuchungsbehörden und Universitätsinstitute, daß der Ausstoß von Verbrennungsrückständen bei der Verwendung von Dieselmotoren eine krebsfördernde Wirkung hat, und welche Konsequenzen wird sie gegebenenfalls daraus für stationäre und mobile Motoren ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

75. Abgeordneter
Boroffka
(CDU/CSU) Bedeutet der in Artikel 2 Buchstabe a des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vorgesehene „Austausch von Informationen“ auch den gegenseitigen Anschluß an Datenbanken oder vergleichbare Informationssysteme, und welche Datenbanken bzw. Informationssysteme würden mit welchen Anschlüssen (online/off-line) gegebenenfalls beteiligt?

76. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ergänzende Angaben machen zu den vom Bundesminister für Forschung und Technologie am 21. November 1986 veröffentlichten Forschungsergebnissen „Daten und Fakten für die Nutzung regenerativer Energiequellen der Bundesrepublik Deutschland“ hinsichtlich der Kosten für die Stromerzeugung durch Wasserkraftwerke, und stehen der Bundesregierung Daten zur Verfügung im Hinblick auf die Investitionskosten pro Kilowatt installierter Leistung bei Flußkraftwerken?
77. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Wie viele Einrichtungen im Bereich Forschung und Entwicklung (einschließlich Max-Planck-Institute, Einrichtungen der Blauen Liste, Bundesanstalten und internationale Forschungseinrichtungen) im Bundesgebiet wurden von der Bundesregierung 1960 bzw. 1986 ganz oder teilweise finanziert, und wie viele haben davon ihren Sitz im Saarland?
78. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der überregionalen Forschungsförderung darauf hinzuwirken, daß die sich aus der geographischen Lage des Saarlandes in der Mitte Europas und den bereits vorhandenen Forschungsvorleistungen ergebenden Möglichkeiten voll genutzt werden, um die Entwicklung der grenzüberschreitenden und europäischen Forschungs-kooperation in einem „Europa der Forscher“ zu fördern?
79. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Gibt es derzeit Überlegungen der Bundesregierung, neue Forschungseinrichtungen bzw. Forschungsinfrastrukturen zu schaffen?
80. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, sofern dies der Fall ist, eine Standortentscheidung zugunsten des Saarlandes zu treffen, wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

81. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Ist in der Praxis der Versendung von Publikationen der fünf im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien an die deutschen Vertretungen im Ausland mittlerweile eine für alle Parteien befriedigende Lösung gefunden worden, so, wie Staatsminister Möllemann das bei der Beantwortung der mündlichen Anfragen des Abgeordneten Schlaga und mir vom 30. Januar dieses Jahres versprochen hat?

82. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Visumantrag, der von Deutschen, die in die Volksrepublik Polen reisen wollen, ausgefüllt werden muß, indem unter Punkt 11 nach dem „Datum der Auswanderung aus der Volksrepublik Polen“ gefragt wird, obwohl es sich bei der Mehrzahl der Antragsteller nicht um eine Auswanderung, sondern um die Vertreibung aus der Heimat gehandelt hat?

83. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die polnische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß bei den Anträgen auf Entlassung aus der (aufgezwungenen) polnischen Staatsangehörigkeit die Geburtsorte, soweit jemand vor 1945 geboren ist, entsprechend der deutsch-polnischen Absprache zuerst in deutscher Bezeichnung aufzuführen sind und daß bei Geburtsorten von Jahrgängen nach 1945 die deutsche Bezeichnung in Klammern akzeptiert werden muß, nachdem bekanntgeworden ist, daß die polnischen Dienststellen in der Bundesrepublik Deutschland die Antragsteller dazu zwingen, entgegen der Absprache ausschließlich die polnischen Ortsnamen zu verwenden?

84. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Ermordung von Oberstleutnant Hans Dick auf deutschem Boden nahe der tschechischen Grenze durch tschechische Staatsorgane in der Zwischenzeit außer verbalen Protesten unternommen?

Bonn, den 28. November 1986

